

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 9 1520-0  
Telex: 886 846 ppbn d  
Telefax: 9 1520-12



## Inhalt

Horst Peter MdB zum auflebenden Engagement für Bürger- und Menschenrechte und dessen Bedeutung für die Bonner Politik: Auf das Volk muß man wieder hören.

Seite 1

Dr. Rudolf Schöfberger MdB zum Ruf nach verschärften Strafandrohungen: Harte Gesetze konsequent anwenden!

Seite 2

Bernd Hering MdL zum Gesinnungstest für studentische Hilfskräfte in Bayern: Erziehung zu Ja-Sagern.

Seite 4

Antje-Marie Steen MdB zum Welt-AIDS-Tag: AIDS-Kranke brauchen unsere Solidarität.

Seite 5

47. Jahrgang / 231

1. Dezember 1992

### Auf das Volk muß man wieder hören

**Zum auflebenden Engagement für Bürger- und Menschenrechte und dessen Bedeutung für die Bonner Politik**

Von Horst Peter MdB

Die Gewalteskalation gegen Ausländer in der Bundesrepublik Deutschland hat die politische Landschaft des geeinten Deutschland verändert: das Ansehen Deutschlands in der Welt ist gefährdet, die innenpolitischen Reaktionen zeugen von Hilflosigkeit. Der jahrelange taktisch instrumentalisierende Umgang der CSU/CDU mit der Rechten versetzt die Bundesregierung in die Rolle des Zauberlehrlings, der die Geister, die er rief, nicht mehr beherrscht.

Auch das Verbot der faschistischen Terrororganisationen gerät der Bundesregierung so zur nachholenden opportunistischen und ablenkenden taktischen Finte. Bundesregierung und CSU/CDU haben zu viel Zeit damit verthan, das infame Klima der Ausländer- und Asylbewerberfeindlichkeit aufblühen zu lassen, um ihnen jetzt eine rechtsstaatlich-prinzipielle Haltung zugestehen zu können. Denn Stoiber fürchtet bei gleichlautender nationalistischer Agitation die möglicherweise erfolgreichen Wahlkonkurrenten in Bayern, Kinkel und Möllemann sorgen sich um die wirtschaftliche Konkurrenzfähigkeit der Bundesrepublik Deutschland, die Strategen des parteipolitischen Beutemachens treibt die Sorge um, daß weiterer Terror die SPD von einem "Asylkompromiß" abrücken läßt. Somit hat der braune Mob seine Schuldigkeit getan.

Die SPD hat nicht die Kraft, die Wegbereiter des Rechtsextremismus und Rassismus beim Namen zu nennen: Kohls "geistig moralische Erneuerung" hat den Egoismus zur Staatsraison erhoben und Solidarität zur Nostalgieformel der Sozialstaatsutopisten werden lassen. In diesen Tagen wird die demokratiepolitische Komponente der Entsolidarisierungspolitik der Konservativen deutlich: es gibt auch eine politische Entsolidarisierung gegenüber den erfolgten und gedemütigten Mitbürger. Die mentale Rückkehr zur Gewalt als legitimer Form außenpolitischer Auseinandersetzung nach der deutschen Einheit bereitet der innenpolitischen Gewalt den Boden. Rühes Aufforderung aus dem Jahre 1991 an die Untergliederungen der CDU, durch Anträge in Kommunalparlamenten und Aktionen jeden Asylanten zu einem "SPD-Asylanten" werden zu lassen, hat die rechtsextremen Parolen hoffähig gemacht. Die Leitkommentatoren tragen ihren eigenen Zauberlehrling in sich.

Verlag, Redaktion und Druck:  
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217  
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag,  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50  
inkl. zuzügl. MwSt und Versand.

Vermindertem Umweltschaden  
mit wertvollen Recycling-Papier



Diejenigen, die in den letzten Wochen zu mehreren Hunderttausenden gegen Ausländerfeindlichkeit und rechtsextreme rassistische Gewalt demonstriert haben und weiter demonstrieren, retten im Ausland und Inland den Ruf des demokratischen und zivilen Deutschlands. Auf diese Menschen beziehen sich israelische Politiker, wenn ihre Reaktion auf den deutschen Herbst 92 maßvoll ausfällt. In Israel weiß man, es gibt keine Scheidewand zwischen Fremdenfeindlichkeit, Ausländerhaß, Rassismus und Antisemitismus. Das andere, demokratische Deutschland gibt den Ausländern in der Bundesrepublik Deutschland den Schutz, den die Obrigkeit nicht zu garantieren in der Lage ist - handelt an Stelle des Staates, der sich das Gewaltmonopol ohne Widerstand aus der Hand hat nehmen lassen. Wieder einmal beweist sich die Aussage, daß die Konservativen dieses Land nicht ordentlich regieren können und die wirklichen Patrioten nicht auf der konservativen Seite des Parteienspektrums zu finden sind.

Uns allen sollte bewußt sein, daß diese für den Grundbestand des Grundgesetzes und die demokratischen Tugenden Demonstrierenden gegen die Einschränkung des individuellen Asylrechts für politisch Verfolgte demonstrieren. Das wurde bereits auf der Großdemonstration vom 8.11.92 in Berlin deutlich. Sie demonstrieren gleichzeitig für Menschenwürde und das Asylrecht und empfanden manch anderen Demonstrationsteilnehmer als Heuchler.

Die Ereignisse stellen die Verhandlungen um das Zuwanderungspaket in ein anderes Licht: die SPD hat die Chance, den Einbruch in die Verfassung zu verhindern, indem sie die Grenzen des Parteitagsbeschlusses einhält, und dafür öffentliche Unterstützung zu erhalten. Die SPD steht aber auch in der Gefahr, die Botschaften der Demonstrierenden nicht zu verstehen, und sich zu einem Kompromiß jenseits des Parteitagesbeschlusses über den Tisch ziehen zu lassen und damit alle, die auf die SPD hoffen, vor den Kopf zu stoßen. Es darf deshalb auf sozialdemokratischer Seite keine Akzeptanz von widerlegbaren Länderlisten und eine Einschränkung der Rechtswegegarantie geben. Nicht verhandelbare Eckpunkte sind die Beibehaltung des Individualrechts auf Asyl, die Rechtswegegarantie und die Ablehnung jeglicher Verfahren außerhalb des Asylverfahrens.

Umfragen zeigen, daß die Forderungen nach einer Beschneidung des Asylrechts weniger Unterstützung finden. Das sollte auch jenen zu denken geben, die bereit waren, sich dem Druck aus der Bevölkerung anzupassen.

Die SPD darf dabei nicht verpassen, was die Strategen von CSU/CDU schon gespürt haben: die Stimmung dreht gegen die konservative-rechtsextreme Strategie der Spannung und gegen die Drohpolitik mit der Verfassungsputsch. Das Hamburger Manifest, die vielen lokalen und regionalen Initiativen, die großen Demonstrationen in Berlin und Bonn zeigen, daß die Diffamierung des demokratischen Engagements durch die Kohl-Regierung und die Krokodilfragen, wo bleibt die Friedensbewegung, nicht zum Ziel geführt haben. Die Verbotspolitik gegenüber den rechtsextremen Organisationen ist auch eine Reaktion auf den verstärkten demokratischen Protest. Die Union will nicht in den Windschatten diesen Stimmungswandels geraten und mit den Verboten ihr antifaschistisches Engagement beweisen. Wenn die SPD nicht dieser Entwicklung nachtraben will, muß sie zur Kenntnis nehmen: auch dort ist das Volk, auf das man hören muß, auch zu diesem Volk muß der Hut passen.

(-/1. Dezember 1992/rs/fr)

\*\*\*\*\*

**Harte Gesetze konsequent anwenden!**  
**Zum Ruf nach verschärften Strafandrohungen**

Von Dr. Rudolf Schöffberger MdB

Immer wenn das Staatsschiff "Bundesrepublik" schlingert, weil der Kapitän und seine Mannschaft nicht Herren der Lage sind - beim Asyl, beim Rechtsradikalismus, beim Kampf gegen Drogen und so weiter - ertönt von der Kommandobrücke, zuweilen sogar aus dem schwarzen Kohlenbunker, der gellende Ruf nach "härteren Gesetzen".

Solche Rufe sind fast so grotesk, wie wenn ein echter Kapitän bei stürmischem Wind und rauher See von Neptun oder Newton bessere physikalische Gesetze einfordern würde, statt klare Kommandos zu geben oder das Ruder fest in die Hand zu nehmen.

**Brauchen wir denn überhaupt keine härteren Gesetze?**

Zuweilen tauchen in der Gesellschaft tatsächlich neue Probleme auf, die der Gesetzgeber noch nicht gehörig geregelt hat. Dann mag die Forderung nach weisaren - nicht unbedingt härteren - Gesetzen notwendig sein. Aber auch in diesen Fällen ist es besser zu handeln statt zu rufen, zumal dann, wenn der Rufer selbst die bislang ungenutzte Gesetzgebungsinitiative hat.

In den allermeisten Fällen gibt es jedoch die eingeforderten Gesetze längst, wie die folgenden Beispiele zeigen:

- o Mord oder besonders schwere Brandstiftung wie in Mölln sind mit lebenslanger Freiheitsstrafe bedroht (§§ 211, 307 StGB). Was nützt da ein härteres Gesetz, wenn man die Täter nicht hat?
- o Das Verbot verfassungswidriger Parteien und Vereinigungen ist längst möglich. Warum verbot der Bundesinnenminister die ganze Nazibrut nicht schon lange?
- o Wer trotz Verbots weitemacht, kann bis zu fünf Jahren eingebuchtet werden (§ 85 StGB). Geschieht das auch?
- o Auf das Verbreiten von Propagandamitteln oder auf das Verwenden von Kennzeichen verbotener Vereinigungen stehen drei Jahre Freiheitsstrafe (§ 86 StGB). Warum sehen die Strafverfolgungsbehörden tatenlos dem vielfachen Hitlergruß zu?
- o Wer wie am 8. November 1992 den Bundespräsidenten verunglimpft, kann für fünf Jahre "einrücken" (§ 90 StGB). Rückt denn einer ein?
- o Auf besonders schweren Landfriedensbruch stehen bis zu zehn Jahre Freiheitsstrafe (§ 125a StGB). Warum kommt es zu keinen Verurteilungen - und was nutzt dann ein schärferer Paragraph?
- o Drogenbarone müssen mit 15 Jahren rechnen. Und warum sitzt keiner?
- o Auf gewerbsmäßiges Einschleppen von scheinbaren Asylbewerbern stehen fünf Jahre Freiheitsstrafe (§84 AsylVfG). Warum ist noch kein einziger dazu verurteilt worden? Und was nützt dann die Forderung der Bayerischen Justizministerin nach zehn Jahren Freiheitsstrafe, wenn nicht der Schaumschlägerei?

Kurzum, an harten Gesetzen besteht nicht der geringste Mangel sondern an deren konsequentem Vollzug.

Den Staatsorganen geht es zunächst wie weiland den Nürnbergern mit Epplein von Geilingen: "Die Nürnberger hängen keinen, sie hätten ihn denn!" Die Polizei eines lendenlahmen Rostocker Innenministers kann trotz ausreichender Gesetze gefährliche Schwerverkriminalle nicht dingfest machen. Gerichte halten trotz hoher Strafandrohungen gegenüber Brandstiftern und brutalen Schlägern lächerliche Bewährungsstrafen für ausreichend. Was bringen also härtere Gesetze mit höheren Strafandrohungen?

Für die offenkundigen Vollzugsdefizite sind letzthin politische Führungen, also Bundesregierung und Landesregierungen verantwortlich. Wegen ihres Gesetzesinitiativrechts wären diese Regierungen übrigens auch für einen Mangel an "härteren" Gesetzen verantwortlich. Der permanente Ruf nach solchen ist, wenn er begründet wäre, stets auch das Eingeständnis eigener Versäumnisse.

Aber die Rufer nach "härteren Gesetzen" tönen ohnehin nur, um bei sonstiger Einfallslosigkeit von den mittlerweile skandalösen Vollzugsdefiziten und der eigenen Verantwortung abzulenken. Wer dann nicht mittört, sondern rechtsstaatliche oder kriminalpolitische Einwände erhebt, ist ein politischer Schlappschwanz. Gleichzeitig wird, ach wie praktisch, verängstigten Bürgern Entschluffreudigkeit und Tatkraft vorgegaukelt. Man steht zwar nicht gut da, aber wenigstens gut drin. So lassen sich viele Angsthasen wieder in die Wanlküche treiben. Die Schwerverbrecher lachen zwischendurch lauthals über die krausen Politiker und ihre "härteren Gesetze", zum Beispiel über den geplanten großen Lauschangriff, denn für 2.80 DM ist das elektronische Abwehrinstrument schon auf dem Markt. Aber an den Vollzugsdefiziten ändert sich nichts.

Dann gibt es unter konservativen Politikern etliche, denen gehen Freiheit, Demokratie und Barmherzigkeit ohnehin zu weit. Für sie ist der Ruf nach härteren Gesetzen nur ein willkommener Zwischenschritt. Unter ihrer Parole "Mehr Zucht und Ordnung!" erstreben sie eigentlich eine andere Republik. Mit härteren Gesetzen wollen sie das Rad der Geschichte Speiche um Speiche zurückdrehen. Und wenn man schon Verbrecher nicht belauschen kann, dann wenigstens unbotmäßige Bürger!

Die täglichen Rufe nach härteren Gesetzen wären eher lächerlich denn gefährlich, wenn nicht zuviele Bürger darauf hereinfallen und die ach so "entschlußfreudigen und tatkräftigen" Rufer - oder gleich die Braunen - wählen würden. Für die Republik und die politische Kultur wäre die verbreitete Erkenntnis besser: "Ein Politiker, der stets härtere Gesetze fordert, weiß nicht mehr weiter und sollte besser abgetreten werden!"

(-/1. Dezember 1992/rs/ks)

\*\*\*\*\*

### **Erziehung zu Ja-Sagern**

**Zum Gesinnungstest für studentische Hilfskräfte in Bayern**

**Von Bernd Hering MdL**

**Hochschulpolitischer Sprecher der bayerischen SPD-Landtagsfraktion**

Die Bayerische Staatsregierung ist aufgefordert mit der unseligen Schnüffelpraxis an den bayerischen Hochschulen sofort Schluß zu machen und die studentischen Hilfskräfte nicht weiterhin auf ihre politische Gesinnung hin zu überprüfen. Wie der "Spiegel" in seiner neuesten Ausgabe berichtet, müssen die Nachwuchswissenschaftler im Freistaat nach Anordnung der CSU-Staatsregierung darüber Auskunft geben, ob sie extremistische Organisationen unterstützen, für die Stasi spioniert haben oder gar als Inoffizielle Mitarbeiter geführt wurden.

Hier schießt Innenminister Stoiber mit Kanonen auf Spatzen. Statt endlich eine Breitseite gegen Neonazis, Volksverhetzer und radikale Demagogen im rechtsextremistischen Spektrum des braunen Pöbels abzufeuern, schnüffelt der bayerische Innenminister lieber in den Hörsälen der bayerischen Universitäten. Herr Stoiber scheint nicht zu wissen, daß studentische Hilfskräfte keine Beamten sind.

Zwar hat selbst die CSU-Regierung inzwischen die Untauglichkeit der Regelanfrage beim Radikalenerlaß erkannt und sie abgeschafft, doch der Fragebogen ist als Ersatz noch schlimmer. Hier sollen junge Menschen noch stärker als bisher unter Druck gesetzt und zu Ja-Sagern erzogen werden. Wer im öffentlichen Dienst arbeiten wollte, wurde von der CSU-Regierung stets überprüft. Jetzt macht Minister Stoiber nicht einmal mehr Halt vor der Bespitzelung von studentischen Hilfskräften, die ja bisher von der Regelanfrage ausgenommen waren. Ich wünsche mir ein gleiches Engagement des bayerischen Innenministers bei der Bekämpfung der Rechtsextremisten.

Es ist unverständlich, warum in der Verzeichnisliste des bayerischen Innenministeriums - Sparte "Rechtsextremismus" - die sogenannten Republikaner nicht aufgeführt werden. Die sinnlose und diskriminierende Ausfragerei junger Menschen an den bayerischen Hochschulen, die ja sowieso nur wenige Monate als studentische Hilfskräfte tätig sind, muß schleunigst aufgegeben werden.

(-/1. Dezember 1992/rs/ks)

\*\*\*\*\*

**AIDS-Kranke brauchen unsere Solidarität**  
**Zum Welt-AIDS-Tag**

Von Antje-Marie Steen MdB

**Stellvertretende gesundheitspolitische Sprecherin der SPD-Arbeitsgruppe Gesundheit**

In diesem Jahr wird der erste Dezember, wie 1988 von der Weltgesundheitsorganisation WHO proklamiert, zum 5. Mal als Welt-AIDS-Tag begangen. Ein Tag, der das Interesse der Bevölkerung für die Gefahren durch AIDS wach halten soll, der Mahnung und Ansporn sein soll, gemeinsam die weltweite Bekämpfung von AIDS fortzusetzen.

Was ist bislang daraus geworden?

Kurz und prägnant hat Dr. Jonathan Mann in seiner diesjährigen Eröffnungsrede zur 8. internationalen AIDS - Konferenz in Amsterdam festgestellt:

"Wir müssen schmerzlich zur Kenntnis nehmen, daß die bestehenden Präventionsansätze - so bemerkenswert einige davon auch gewesen sind - nicht ausreichen, die Pandemie einzudämmen. [...] - die Verwundbarkeit durch AIDS nimmt weltweit zu."

Das weltweite AIDS-Problem ist nicht allein ein Virusproblem, für das man ein Heilmittel oder einen Impfstoff braucht. Es hat fundamental mit den Menschen und mit der Gesellschaft zu tun:

" (...) und wann gesellschaftliche Ungerechtigkeit und Benachteiligung Öl auf die Mühlen der Pandemie gießen, dann müssen wir (...) in der Tat genau an diesen Bezugspunkten anknüpfen."

**Armut ist der Motor der Seuche**

Besonders deutlich wird dieses am Beispiel der Länder Asiens, Afrikas und Südamerikas. HIV-Infektionen und AIDS-Erkrankungen weiten sich hier in Verbindung mit Hunger, Armut und unzureichender medizinischer Versorgung mit katastrophaler Geschwindigkeit aus.

Es ist in der Verantwortung der Bundesrepublik, daß unter Berücksichtigung der Interessen der hilfebedürftigen Länder Basisgesundheitsdienste und die Ausstattung der Gesundheitseinrichtungen über Entwicklungshilfemaßnahmen verstärkt finanziell unterstützt werden müssen.

Die gesellschaftliche Dimension von AIDS wird besonders deutlich in Bezug auf den "Sextourismus". Neben den Frauen sind es besonders die Kinder, die durch Prostitution zu ausgebeuteten und hilflosen Opfern gemacht werden. Wir fordern hier kompromißlos, daß über Entwicklungshilfemaßnahmen Einfluß genommen wird, die ökonomische und gesellschaftliche Stellung der Frauen - und damit auch die der Kinder - zu stärken (Bildung und Ausbildung zur eigenständigen Lebensführung), damit ihre sexuelle Ausbeutung effektiv verringert wird. Dieses Land trägt ein großes Maß an Verantwortung, denn bekanntlich zählen die Deutschen zu einem der reisefreudigsten Völkern der Welt. Neben verstärkter Intervention und Aufklärung durch die Reiseveranstalter fordert die SPD zudem, daß sexuelle Gewalt durch deutsche Staatsangehörige im Ausland auch dann dem deutschen Strafrecht unterliegen sollen, wenn das Opfer nicht die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt.

Wie steht es nun um HIV und AIDS in der Bundesrepublik?

Alle Maßnahmen der Prävention, der Betreuung oder der Forschung sind eng geknüpft an - Geld. Die Haushaltsdebatte ist in vollem Gange. Drohend schwebt ein riesiges schwarzes Finanzloch über der Republik und die Regierung fordert "Mut zur Zumutung". Eine Bankrotterklärung, die Schlimmes fürchten läßt!

Die AIDS-Stiftungen leisten vor allem dringend notwendige finanzielle Einzelhilfe "zum Erhalt eines minimalen Lebensstandards". Der Deutschen AIDS-Stiftung "Positiv leben" wurde von der Bundesregierung jegliche Aufstockung ihres Kapitals verweigert. In der Haushaltsdebatte wurde sehr um diesen Punkt gerungen. Die nun gefundene Lösung einer Zustiftung um je eine Million DM für beide Stiftungen, ist jedoch längst nicht ausreichend.

Wenn sich der Bund in dieser Form aus der Verantwortung stehlen will, dann können wir SPD-PolitikerInnen das keinesfalls hinnehmen. Einsparungen hier bedeutet, Menschenleben aufs Spiel setzen. Der Finanzförderung für die so notwendige Arbeit der Deutschen AIDS-Hilfe nur unwesentlich zu erhöhen, wie jetzt geschehen, kann katastrophale Folgen haben. Der Haushaltsansatz für AIDS-Forschung wurde sogar um eine Million DM reduziert.

**Es ist unverantwortlich, daß die finanziellen Mittel für die Bekämpfung von AIDS in dieser Weise heruntergefahren werden.**

Einige mir besonders wichtige Ansätze zum Thema AIDS möchte ich hervorheben.

Viele Präventions- und Hilfsangebote waren bislang weitgehend auf die sogenannten Risikogruppen abgestimmt. Der **frauenspezifischen Problematik durch AIDS** wurde kaum Aufmerksamkeit geschenkt. Das Risiko einer heterosexuellen Ansteckung ist bei Frauen drei mal höher als bei Männern. In zunehmendem Maße sind Frauen betroffen, die sich, in monogamer Beziehung lebend und von der Infektion ihres Partners völlig überrascht, auf diesem Wege infizieren. Aufgrund frauenspezifischer Sozialisation und infolge des extremen Unverständnisses und Ablehnung im sozialen Umfeld haben Frauen häufig nicht den Mut, vorhandene Hilfsangebote aufzusuchen. Ihre Zahl wächst fortwährend. Neue zielgruppenspezifische Präventions- und Betreuungskonzepte im Rahmen einer integrierten medizinischen und psychosozialen Gesamtversorgung sind dringlicher denn je. Dabei muß ein Schwerpunkt auf die **aufsuchende** Beratung und Betreuung gelegt werden, um die Frauen aus ihrer verzweifelten Isolation zu retten.

Auch die vorhandenen Aufklärungsbroschüren sind von Männern dominiert und vernachlässigen frauenspezifische Probleme. Es müssen Informationen aufgearbeitet werden, wohin sich Frauen in ihrer Not wenden können: Frauenbeauftragte, -beratungszentren, Ärztinnen, Möglichkeiten der Kinderbetreuung bei Erkrankung, Rehabilitationsmaßnahmen oder bei Substitutionsbehandlung etc. Auch die Forschung hat Frauen in dieser Hinsicht kaum wahrgenommen. Das frauenspezifische Krankheitsbild, deutlich anders als bei Männern, ist ebenso wenig erforscht, wie die anders geartete ökonomische und psychische Situation.

Die Zahl HIV-infizierter Kinder wird für das Jahr 2000 auf zehn Millionen weltweit geschätzt. Auch hier ist Aufklärung über die Krankheit absolut zwingend, schützt vor Diskriminierung und Isolation! Diese Kinder brauchen zum Beispiel einen rechtlich festgeschriebenen Anspruch auf einen Kindergartenplatz. Sie brauchen diesen sogar besonders, denn viele Kinder stammen aus Ein-Eltern-Familien. Ebenso notwendig sind kurzfristige Betreuungsangebote wie Tagespflegeheime, eine aufsuchende Familienbetreuung und andere familienergänzende Angebote. Nichts von alledem ist bislang auch nur annähernd ausreichend vorhanden!

Die steigende Zahl gefährdeter Kinder von drogenabhängigen Eltern erfordert zudem ein klares Umdenken in der Drogenpolitik.

Das Krankheitsbild bei Kindern unterscheidet sich deutlich vom klinischen Erscheinungsbild bei Erwachsenen. Bundesdeutsche Forschungsmodelle dazu werden Ende 1993 nicht mehr weiter gefördert. Auf der Grundlage eines schnell zu erstellenden Abschlußberichts ist zu prüfen, welche Ansätze weiter- beziehungsweise neu zu verfolgen sind.

Auf der EG-Ebene laufen derzeit Projekte der pädiatrischen Forschung an. Ein Ausklinken der Bundesrepublik hätte fatale Folgen!

Und noch ein Gesichtspunkt, der gerade in dieser Zeit zunehmender Gewalt gegen Ausländer, gegen behinderte Menschen, gegen Menschen mit scheinbarer Andersartigkeit nicht unberücksichtigt bleiben darf. Die Würde des Menschen ist unantastbar. HIV-infizierte und AIDS-kranke Menschen sind nicht gefährlich, sie sind gefährdet. Sie brauchen unsere uneingeschränkte Solidarität.

Es gibt keinen einzigen Grund, Mittelaufwendungen für AIDS zu kürzen oder gar zu streichen - aber viele Gründe, an einem neuen Aufbruch im Kampf um AIDS kompromißlos Verantwortung mitzutragen.

(-/1. Dezember 1992/rs/ks)

\*\*\*\*\*